

Antragsbuch zum ordentlichen Bezirksparteitag der FDP Ostwestfalen-Lippe am 18.03.2023, ab 14.00 Uhr in Bad Salzuflen

	<u>Thema / Titel</u>	<u>Antragssteller</u>	<u>Seite</u>
A-01	Bahninfrastruktur in Ostwestfalen-Lippe modernisieren	Dr. Rudi Hüls	2
A-02	Schienerausbau der Bestandsstrecke statt Neubau zwischen Bielefeld und Hannover	Kreisbände Minden-Lübbecke und Herford, Stadtverband Bad Salzuflen	4
A-03	Childhood-Haus für Ostwestfalen-Lippe	Laura von Schubert für den KV Bielefeld	5
A-04	Freiheit, Fortschritt, Finanzverantwortung - eine Finanz- und Währungspolitik für das 21. Jahrhundert	Junge Liberale Ostwestfalen-Lippe	7
A-05	5 Punkte für noch mehr Wettbewerb in der FDP OWL	Junge Liberale Ostwestfalen-Lippe	9
A-06	Heimisches Schiefergas fördern!	Junge Liberale Ostwestfalen-Lippe, Jan Maik Schlifter	10
A-07	Führerscheinprüfung reformieren – Monopole aufbrechen	Junge Liberale Ostwestfalen-Lippe	12
A-08	Nach Silvester nicht die falschen Schlüsse ziehen – keine Verschärfung des Waffenrechts.	Christian Sauter MdB, Torben Hundsdörfer	13
A-09	Energiesouveränität sichern - Kernenergie weiter nutzen	gesch. BeVo	14
A-10	Eine starke Bundeswehr in einer starken Region Ostwestfalen-Lippe	Christian Sauter MdB	16
A-11	Parlamentsbeschluss beachten – Straßenausbaubeiträge endlich abschaffen!	Marc Lürbke MdL, Jens Teurine MdB, Jan Maik Schlifter	18
A-12	Freiheitskampf unterstützen – Mullah-Regime isolieren	Kreisverband Bielefeld	20

Bezirksparteitag der FDP Ostwestfalen-Lippe am 26.03.2022 in Gütersloh

Seite 2

ANTRAG NR.

Zeile

1 **A – 01 Bahninfrastruktur in Ostwestfalen-Lippe modernisieren**

2 **Antragsteller: Dr. Rudi Hüls**

3

4 **Der Bezirksparteitag möge beschließen:**

5 Die FDP-Mandatsträger auf allen Ebenen werden aufgefordert, sich zeitnah für folgende
6 Maßnahmen zur Bahninfrastruktur in OWL einzusetzen und zweckdienliche Anträge zu stel-
7 len:

8 * Elektrifizierung mit Kapazitätserweiterung (höhere Geschwindigkeiten und partielle Zwei-
9 gleisigkeit) der eingleisigen Bahnstrecken Brackwede - Paderborn Hbf, Brackwede - Osnab-
10 rück Hbf, Bielefeld Ost - Lage (-Lemgo) und Löhne - Vlotho – Hameln.

11 * Kapazitätserweiterung (höhere Geschwindigkeiten, partielle Zweigleisigkeit) der bereits
12 elektrifizierten Strecken Kirchlengern - Herford und Herford - Lage - Himmighausen (mög-
13 lichst mit Verbindungskurve von ca. 500 m zur Strecke Altenbeken - Hameln - Hannover).

14 **Begründung:**

15 Der NWL (Nahverkehr Westfalen-Lippe) in Unna hat die Elektrifizierungen mit Verweis auf
16 seine S-Bahn-Planungen auf die ganz lange Bank (2040!) geschoben, weil er die nicht
17 elektrifizierten Strecken zunächst mit Zwei-System-Triebwagen (Bemu) bedienen will. OWL
18 braucht aber diese Elektrifizierungen auch aus anderen Gründen.
19 Zum einen: Die Erreichbarkeit des ICE-Haltes in Bielefeld bei Streckensperrungen zwischen
20 Hamm und Hannover. Derzeit sind Umleitungen nur von Hannover über Hameln und Alten-
21 beken nach Hamm möglich, bei Sperrungen zwischen Hamm und Löhne auch über Osnab-
22 rück - Münster. Was das für die Region OWL bedeutet, hat man kürzlich bei dem Unfall im
23 Bahnhof Minden zu spüren bekommen. Bei Vornahme der Elektrifizierungen wären Umlei-
24 tungen Hamm - Paderborn - Brackwede - Bielefeld oder Bielefeld - Lage - Himmighausen -
25 Hameln -Hannover oder Löhne - Vlotho - Hameln - Hannover möglich. Bielefeld wäre auch
26 über Osnabrück erreichbar.

27 Zum anderen: Die durch OWL führende Nord-Süd-Achse Osnabrück -Bielefeld/Herford - Pa-
28 derborn/Lage - Altenbeken - Kassel würde nachhaltig gestärkt und könnte umsteigefreie
29 Nahverkehrsverbindungen sowie Personenfernverkehr (z.B. Nachtzug Nordsee - Alpen, ein-

Bezirksparteitag der FDP Ostwestfalen-Lippe am 26.03.2022 in Gütersloh

Seite 3

ANTRAG NR.

Zeile

1 zelle IC - Züge Emden - München) und Güterverkehr aufnehmen. Auf keinen Fall darf das
2 S-Bahn-Konzept des NWL zum "Totengräber" für den heute (und nicht erst in mehr als 15
3 Jahren) erforderlichen Ausbau der Schieneninfrastruktur jenseits der Magistrale Hamm -
4 Bielefeld - Hannover werden. Darum muss auch der Personenfernverkehr und der Güterver-
5 kehr in die Argumentation einbezogen werden, Stichwort "Robustes Netz")

6

Bezirksparteitag der FDP Ostwestfalen-Lippe am 26.03.2022 in Gütersloh

Seite 4

ANTRAG NR.

Zeile

1 **A – 02 Schienenausbau der Bestandsstrecke statt Neubau zwischen Bielefeld und**
2 **Hannover**

3

4 **Antragsteller: Kreisbände Minden-Lübbecke und Herford, Stadtverband Bad Salzuflen**

5

6 **Der Bezirksparteitag möge beschließen:**

7 Die FDP Ostwestfalen-Lippe spricht sich für einen Schienenausbau der Bestandsstrecke
8 zwischen Bielefeld und Hannover aus. Dafür gibt es einen breiten gesellschaftlichen Kon-
9 sens in Ostwestfalen-Lippe und Südniedersachsen. Wir setzen uns dafür ein, dass die von
10 der DB Netz AG favorisierte Neubaustrecke nicht weiter verfolgt wird. Sie ist zu teuer, bringt
11 zu wenig und schneidet Herford und Minden vom ICE-Verkehr ab. Auch der erhebliche Ein-
12 griff in die Landschaft wäre nicht verhältnismäßig.

13 Wir unterstützen das Ziel der Ampel-Koalition, die Kapazitäten im Fernverkehr bis 2030 zu
14 verdoppeln. Dies gelingt aber nur, wenn teure Prestigeprojekte aufgegeben werden und die
15 Bahn im Bestand ertüchtigt wird. Dafür ist es notwendig, die Digitalisierung der Schiene vo-
16 ranzubringen und die Elektrifizierung von Nebenstrecken zu beschleunigen, um den Nahver-
17 kehr zu stärken, aber auch Umleitungsmöglichkeiten im Fernverkehr zu schaffen.

18 Der aktuelle Entwurf für einen Deutschlandtakt muss an realistische Zeitvorgaben angepasst
19 und deshalb überarbeitet werden. So ist ein starres Festhalten an einer 31-Minuten-Fahrtzeit
20 zwischen Bielefeld und Hannover unverhältnismäßig, teuer und dauert zu lange.

21

22 **Weitere Begründung**

23 *erfolgt mündlich*

24

Bezirksparteitag der FDP Ostwestfalen-Lippe am 26.03.2022 in Gütersloh

Seite 5

ANTRAG NR.

Zeile

1 **A – 03 Childhood-Haus für Ostwestfalen-Lippe**

2

3 **Antragsteller: Laura von Schubert für den Kreisverband Bielefeld**

4

5 **Der Bezirksparteitag möge beschließen:**

6 Die FDP OWL setzt sich für die Gründung und den nachhaltig finanzierten Betrieb eines
7 Childhood-Hauses in OWL ein.

8

9 **Begründung**

10 Das Childhood-Haus ist eine kinderfreundliche, multidisziplinäre und behörden-
11 übergreifende ambulante Anlaufstelle für Kinder und Jugendliche, die Opfer oder Zeugen
12 von (sexualisierter) Gewalt und Misshandlung geworden sind. Childhood-Häuser existieren
13 bereits in Leipzig, Heidelberg, Düsseldorf, Berlin, Ortenau, Hamburg, Schwerin und Flens-
14 burg. Die Finanzierung des Childhood-Hauses würde maßgeblich über das Innenministerium
15 erfolgen. Die Personalkosten hinsichtlich des vorzuhaltenden Stammpersonals lägen bei ca.
16 280TEU. Die Kosten für die technische Ausstattung lägen bei ca. 150TEU und würden über
17 das Justizministerium abgebildet.

18

19 Im Verdachts- oder erklärten Fall von Gewalt gegen ein Kind oder Jugendlichen werden die-
20 se im Childhood-Haus in kinderfreundlicher Atmosphäre durch den gesamten Verlauf aus
21 Untersuchungen und Befragungen begleitet. Ermittlungs- und Gerichtsverfahren ziehen sich
22 oft lange hin und die betroffenen Kinder können bis zum Abschluss des Verfahrens keine
23 Therapie beginnen. Durch die enge behördenübergreifende Kooperation können Untersu-
24 chungen und Befragungen des Kindes auf ein Minimum reduziert werden. Durch die hohe
25 Qualität der Vernehmung, die normalerweise durch einen Ermittlungsrichter erfolgt, und de-
26 ren Dokumentation im Childhood-Haus, kann den betroffenen Kindern eine weitere Aussage
27 erspart werden. Einer Retraumatisierung des Kindes wird vorgebeugt.

28

29 Das Childhood-Haus Konzept ist in das lokale Gesundheitssystem, die Strukturen der loka-
30 len Sozial- oder Kinderschutzdienste, der Behörden der Strafverfolgung sowie Justiz einge-
31 bettet, sodass der Aufbau als auch die Umsetzung eines Childhood-Hauses der multidiszipli-
32 nären Zusammenarbeit aller beteiligten Professionen bedürfen. Spezialisiertes Personal aus
33 dem Bereich Pädiatrie, Kinderchirurgie, Kinder- und Jugendgynäkologie, Rechtsmedizin,

Bezirksparteitag der FDP Ostwestfalen-Lippe am 26.03.2022 in Gütersloh

Seite 6

ANTRAG NR.

Zeile

- 1 Kinder- und Jugendpsychologie sowie -psychiatrie, Jugendämter, Träger der Jugendhilfe,
- 2 Fachberatungsstellen, Polizei, Staatsanwaltschaft, Amtsgerichte, Landgerichte und ggfls.
- 3 Oberlandesgericht sowie Opferhilfe arbeiten eng zusammen.
- 4

Bezirksparteitag der FDP Ostwestfalen-Lippe am 26.03.2022 in Gütersloh

Seite 7

ANTRAG NR.

Zeile

1 **A – 04 Freiheit, Fortschritt, Finanzverantwortung - eine Finanz- und Währungspolitik**
2 **für das 21. Jahrhundert**

3

4 **Antragsteller: Junge Liberale Ostwestfalen-Lippe**

5

6 **Der Bezirksparteitag möge beschließen:**

7

8 Die Inflation in der Euro-Zone bewegt sich in eigentlich vergessen geglaubten Höhen. Die
9 Europäische Zentralbank reagiert lediglich auf Zinsanpassungen anderer Zentralbanken,
10 anstatt in der Krise proaktiv zu agieren. Gleichzeitig gefährdet sie das Bargeld im Euroraum.
11 Deshalb braucht es eine Finanz- und Währungspolitik, die die Rechte des Einzelnen stärkt
12 und staatliche Verantwortung wieder in den Fokus stellt.

13

14 Inflation

15 Der Inflation im Euroraum muss dringend Einhalt geboten werden. Es darf keine Gewöhnung
16 an die derzeitigen Teuerungsraten eintreten. Die Inflationsraten gefährden die finanziellen
17 Lebenssituationen von Wenigverdienern. Insbesondere aber die sparende Mittelschicht ist
18 von der Inflation betroffen. Es findet eine Umverteilung von Sparern zu Großeigentümern
19 statt. Das dürfen wir nicht hinnehmen. Daher fordern wir, dass die Europäische Zentralbank
20 endlich wieder zu ihren eigentlichen Zielen zurückkehrt. Vorrangiges Ziel ist die Gewährleis-
21 tung der Preisniveaustabilität in der Eurozone. Monetäre Staatsfinanzierung und Ausflüge in
22 die Klimapolitik müssen ein Ende haben.

23

24 Darüber hinaus war eine angebotsorientierte Wirtschaftspolitik nie dringender als jetzt. Es
25 muss Schluss sein mit gigantischen Finanzspritzen seitens des Staates, die Krisen nur hin-
26 auszögern und die Geldmenge immer weiter erhöhen. Die Wirtschaftspolitik des Staates
27 während der Coronapandemie gehört auch zu den großen Inflationstreibern. Daher ist es
28 auch nur richtig, dass die Freien Demokraten in der Bundesregierung die Schuldenbremse
29 wieder ohne Wenn und Aber einhalten.

30

31 In diesen Zeiten ist es darüber hinaus auch ein schlichtes Gebot der Gerechtigkeit gegen-
32 über der hart arbeitenden Mitte der Gesellschaft, kalte Progression durch eine Anpassung
33 der Einkommensteuer vollständig abzubauen.

Bezirksparteitag der FDP Ostwestfalen-Lippe am 26.03.2022 in Gütersloh

Seite 8

ANTRAG NR.

Zeile

1

2 Geldpolitik

3 Wir Freie Demokraten Ostwestfalen-Lippe wissen, dass die Inflation ihre Ursachen auch in
4 dem derzeitigen Geldsystem hat. Daher fordern wir eine geldpolitische Ordnung mit echtem
5 Währungswettbewerb. Hierfür muss gewährleistet sein, dass neben dem Staat auch private
6 Geldproduzenten Geld emittieren und damit in einen Währungswettbewerb eintreten können.
7 Die Bürger sollen die Währungen, die sie nutzen, frei wählen. Die staatliche Währung muss
8 hierbei den gleichen Regeln unterliegen wie private Währungen. Regulatorische Bevorzu-
9 gungen findet nicht statt. Durch solch eine Geldordnung gewährleisten wir Freiheit im Zah-
10 lungsverkehr, setzen der staatlichen Inflation ein Ende und garantieren, dass die Bürger die
11 beste Währung finden.

12

13 Bargeld

14 Die Regulierung von Bargeld nimmt immer weiter zu. Dieser Entwicklung sehen wir mit gro-
15 ßem Bedenken entgegen. Die FDP OWL lehnt pauschale Bargeldobergrenzen und willkürli-
16 che Nachweispflichten ab. Grundsätzlich stehen wir weiteren generellen Einschränkungen
17 des freien Zahlungsverkehrs mittels Bargeldes kritisch gegenüber. Das Bargeld ist im derzei-
18 tigen Geldsystem das einzige Zahlungsmittel, das legal umfassend Bürgerrechte schützt und
19 finanzielle Repression verhindert. Bargeld ist für uns geprägte Freiheit.

20

21 **Begründung**

22 *erfolgt mündlich.*

23

Bezirksparteitag der FDP Ostwestfalen-Lippe am 26.03.2022 in Gütersloh

Seite 9

ANTRAG NR.

Zeile

1 **A – 05 5 Punkte für noch mehr Wettbewerb in der FDP OWL**

2

3 **Antragsteller: Junge Liberale Ostwestfalen-Lippe**

4

5 **Der Bezirksparteitag möge beschließen:**

6 Die FDP befindet sich in einer Krise. Neben einer dringend notwendigen stärkeren inhaltli-
7 chen Profilierung sind auch Strukturen immer wieder auf den Prüfstand zu stellen - denn
8 nicht nur in der Wirtschaft gilt für uns: Mehr Wettbewerb führt zu besseren Ergebnissen. Der
9 Landesverband der FDP NRW hat hier schon einige Vorschläge gemacht, die auch für Un-
10 tergliederungen Sinn ergeben können:

11 Daher fordern wir Freie Demokraten Ostwestfalen-Lippe:

12

13 • Vor Wahlbezirksparteitagen soll für Mitglieder die formlose Möglichkeit bestehen, ei-
14 nen noch besseren Überblick über das Kandidatenfeld für Vorstände oder Listen zu
15 erhalten. Eine unkomplizierte, **digitale Kandidatenvorstellung** im Vorfeld des Par-
16 teitags ermöglicht dies zeitsparend und niedrigschwellig.

17 • Personalentscheidungen müssen transparent und wettbewerblich geschehen. Daher
18 sind **Personalnominierungen im Regelfall auf Parteitagen** zu treffen. Dies erhöht
19 auch den Rückhalt der Mitglieder für die Kandidaten.

20 • Kandidaten sollen sich auf Parteitagen grundsätzlich mit einer **Bewerbungsrede** vor-
21 stellen. So ermöglichen wir insbesondere neuen Mitgliedern einen gelungenen Über-
22 blick über Kandidaturen und Nominierungen.

23 • Ergebnisse werden durch Wettbewerb noch besser. Daher dürfen **Wettbewerbskan-**
24 **didaturen** nicht als etwas Negatives begriffen werden. Vielmehr liegt hier die Chan-
25 ce, mehr Auswahl bei der Kandidatenwahl zu haben. Die mündigen Delegierten tref-
26 fen dann ihre Entscheidung.

27 • Auch altbewährte **Wahlverfahren** müssen hin und wieder hinterfragt werden. Insbe-
28 sondere bei Listenaufstellungen ab den mittleren Plätzen ist über eine Sammelwahl
29 nachzudenken.

30

31

Bezirksparteitag der FDP Ostwestfalen-Lippe am 26.03.2022 in Gütersloh

Seite 10

ANTRAG NR.

Zeile

1 **A – 06 Heimisches Schiefergas fördern!**

2

3 **Antragsteller: Junge Liberale Ostwestfalen-Lippe, Jan Maik Schlifter**

4

5 **Der Bezirksparteitag möge beschließen:**

6

7 1. Die Freien Demokraten Ostwestfalen-Lippe setzen sich auf allen Ebenen dafür ein,
8 heimische Schiefergasvorkommen mit innovativen und umweltfreundlichen Förder-
9 techniken zu nutzen. Konkret wollen wir das Förderungsverbot für Schiefergas auf-
10 heben. Dazu sollen die entsprechenden Rechtsnormen des WHG und BbergG ange-
11 passt werden. Insbesondere fordern wir eine Streichung des §13a Abs. 1 Nr. 1 WHG.

12

13 2. Schiefergasförderung und Ausbau erneuerbarer Energien stehen nicht im Wettbe-
14 werb zueinander, vielmehr ist einheimisches Gas die umweltfreundlichste Brücke ins
15 Zeitalter komplett CO₂-neutraler Energieerzeugung, das wir beschleunigt erreichen
16 wollen. Daher setzen wir uns als Freie Demokraten Ostwestfalen-Lippe für eine kon-
17 sequente Vereinfachung von Genehmigungsverfahren für Solar- und Windkraftwerke
18 ein.

19

20 3. Die geplanten und schon durchgeführten Eingriffe in den Preismechanismus am
21 Energiemarkt sehen wir mit großen Bedenken. Preise müssen sich grundsätzlich frei
22 entfalten können. Derartige Eingriffe in den Markt sind gerade jetzt nicht vertretbar
23 und keine marktwirtschaftliche Preispolitik. Die FDP in Ostwestfalen-Lippe setzt sich
24 für eine marktwirtschaftliche Preissetzung auf einem europäischen Energiemarkt ein.
25 Technische Voraussetzungen sind zu schaffen, um Angebot und Nachfrage über den
26 Preis etwa nach Tageszeit ausbalancieren zu können. Auch von privaten Haushalten
27 erzeugter Strom muss zu angemessenen Preisen verkauft werden können.

28

29 **Begründung**

30 Die Freien Demokraten Ostwestfalen-Lippe stellen fest, dass sich Deutschland in einer mit-
31 telfristigen Energie- und auch in einer Gaskrise befindet. Aufgrund der geo- und energiepoli-
32 tischen Kurzsichtigkeit deutscher Politik und technisch wie wirtschaftlich nicht realistischen
33 oder miteinander abgestimmten Planungen sind wir nicht nur von fossilen Energieträgern

Bezirksparteitag der FDP Ostwestfalen-Lippe am 26.03.2022 in Gütersloh

Seite 11

ANTRAG NR.

Zeile

1 abhängig, sondern auch von autoritären Staaten und sehen insgesamt einer verknappten
2 und verteuerten Energieversorgung entgegen. Das stellt Menschen in Ostwestfalen-Lippe
3 und Deutschland schon seit vielen Monaten vor große Herausforderungen: viele wissen
4 nicht, wie sie die hohen Gasrechnungen bezahlen sollen und haben große Zukunftsängste in
5 Energiefragen.

6

7 Deutschland – und auch Ostwestfalen-Lippe – verfügt über eigene Gasvorkommen, die mit-
8 hilfe von in Skandinavien oder Kanada entwickelten, innovativen Frackingverfahren deutlich
9 umweltfreundlicher genutzt werden können als das Fracking, welches in den USA durchge-
10 führt wird. Nach aktuellen Studien werden Grund- und Oberflächenwasserverschmutzung als
11 geringfügiges Risiko eingestuft – anders als bei den in den USA genutzten Verfahren. Die
12 heimische Schiefergasförderung kann daher einen wichtigen Beitrag zur Energiesicherheit
13 und Energieautonomie, zu sinkenden Energiekosten und zu zusätzlicher Wertschöpfung in
14 Deutschland leisten. Zudem ist die Förderung in Deutschland aufgrund höherer Sicherheits-
15 standards und gesparter Transport- und Umwandlungskosten deutlich umweltfreundlicher als
16 der Bezug von Flüssiggas aus dem Ausland.

17

18 Vor allem aus Angst vor Anwohnerbedenken, aus diffusen Befürchtungen und aufgrund völ-
19 lig verzerrter Risikoabwägungen, bestehen SPD, Grüne und CDU darauf, den Erdgasbedarf
20 mit Flüssiggas aus den USA oder aus Staaten mit autoritären Regimes abzudecken. Dieses
21 sog. Sankt-Florian-Prinzip bzw. diese NIMBY-Motivation ist teuer, ökologisch unlogisch und
22 daher nicht länger zu unterstützen.

23

24 Die zukünftige Energieversorgung wird durch technischen Fortschritt und bei konsequenter
25 Anwendung des Zertifikatehandels CO₂-neutral sein. Heimisches Schiefergas ist die ökolo-
26 gisch wie ökonomisch am besten vertretbare Übergangslösung zu einer CO₂-neutralen
27 Energieversorgung, die wir beschleunigt erreichen sollten und auf der ein marktwirtschaftli-
28 cher Preissetzungsmechanismus die Steuerung von Angebot und Nachfrage innehat.

29

Bezirksparteitag der FDP Ostwestfalen-Lippe am 26.03.2022 in Gütersloh

Seite 12

ANTRAG NR.

Zeile

1 **A – 07 Führerscheinprüfung reformieren – Monopole aufbrechen**

2

3 **Antragsteller: Junge Liberale Ostwestfalen-Lippe**

4

5 **Der Bezirksparteitag möge beschließen:**

6

7 Aufgrund von wettbewerbskritischen Bestimmungen im Kfz-Sachverständigen-gesetz dürfen
8 technische Prüfstellen nicht marktwirtschaftlich konkurrieren: sie dürfen weder profitorientiert
9 arbeiten, noch darf mehr als eine Prüfstelle in einem Gebiet tätig sein. In NRW werden die
10 Fahrerlaubnisprüfungen deshalb beispielsweise ausschließlich durch den TÜV erteilt. Dies
11 führt zu langen Wartezeiten auf Prüfungstermine, schlechtem Service und hohen Kosten.

12 Eine wettbewerbsorientierte Lösung der Problematik liegt nahe. Auch die Ampel-Koalition hat
13 sich im Koalitionsvertrag verständigt, das Monopol bei der Fahrerlaubnisprüfung aufzubre-
14 chen. Wir fordern von der Bundesregierung ein konsequentes Aufbrechen des Monopols.
15 "Das bedeutet, alle Prüfstellen zuzulassen, die die Anforderungen erfüllen."

16

17 Um eine wettbewerbsorientierte und effiziente Regelung der Fahrerlaubnisprüfung zu ermög-
18 lichen, setzen sich die Freien Demokraten Ostwestfalen-Lippe für eine entsprechende, baldi-
19 ge Änderung der Rechtslage ein. Damit wollen wir sowohl den Betrieb von mehr als einer
20 technischen Prüfstelle in einem Bundesland erlauben, als auch den Prüfstellen erlauben,
21 Gewinn zu erwirtschaften.

22

23 **Begründung:**

24 *Erfolgt mündlich.*

25

Bezirksparteitag der FDP Ostwestfalen-Lippe am 26.03.2022 in Gütersloh

Seite 13

ANTRAG NR.

Zeile

1 **A – 08 Nach Silvester nicht die falschen Schlüsse ziehen – keine Verschärfung des**
2 **Waffenrechts.**

3

4 **Antragsteller: Christian Sauter, MdB und Torben Hundsdörfer**

5

6 **Der Bezirksparteitag möge beschließen:**

7 Die Freien Demokraten sprechen sich gegen eine Verschärfung des Waffenrechts aus und
8 lehnen die medienwirksam angekündigte Verschärfung des Waffenrechts ab. Hieraus lassen
9 sich keine Vorteile für die Sicherheit erkennen, vielmehr Nachteile für viele Rechtschaffende,
10 die sich nichts zu Schulden kommen lassen.

11

12 Dass Waffen in die Hände von Unverantwortlichen gelangen, liegt nicht im Waffenrecht
13 selbst begründet, sondern im Vollzug dessen. Verstöße müssen konsequenter verfolgt und
14 geahndet werden. Zudem fordern wir, die kriminalstatistische Erfassung von Straftaten mit
15 legalen und illegalen Schusswaffen sowie den Informationsfluss zwischen den Behörden zu
16 verbessern.

17

18 Außerdem muss evaluiert werden, wie Waffen in großer Zahl illegal in die Hände von Ver-
19 fassungsfeinden und Gefährdern kommen können, ohne dass der Staat hier wirksam ein-
20 greift und entsprechende Maßnahmen, also den Einzug der Waffen, anordnet. Die ohnehin
21 größte Gefahr geht von nicht legalem Waffenbesitz aus.

22

23 Darüber hinaus fordern wir, dass die aktuellen Regelungen, hinsichtlich ihrer Sinnhaftigkeit,
24 Effizienz und Effektivität, zunächst umfassend evaluiert werden. Das Ergebnis hierzu ist vor-
25 zulegen.

26

27 Ferner widersprechen wir einer Generalverurteilung der rechtstreuen Jäger und über 3 Milli-
28 onen Sportschützen, die sich in privaten Vereinen wie z. B. im traditionsreichen Schützen-
29 wesen organisieren und nichts mit jenen Verstößen gemein haben. Besonders die Regelab-
30 frage bei den Gesundheitsbehörden ist unverhältnismäßig.

31

Bezirksparteitag der FDP Ostwestfalen-Lippe am 26.03.2022 in Gütersloh

Seite 14

ANTRAG NR.

Zeile

1 **A – 09 Energiesouveränität sichern - Kernenergie weiter nutzen**

2

3 **Antragsteller: gesch. BeVo**

4

5 **Der Bezirksparteitag möge beschließen:**

6

7 1. Die FDP Ostwestfalen-Lippe spricht sich für den Weiterbetrieb der drei verbliebenen
8 Kernkraftwerke über den 15. April 2023 hinaus aus. Für eine gesicherte Energieer-
9 zeugung, die ausreichend grundlastfähig ist, würde der Weiterbetrieb der Kernkraft-
10 werke einen ökonomisch und ökologisch sinnvollen Beitrag leisten und wäre zudem
11 ein Zeichen europäischer Solidarität.

12

13 2. Wir sprechen uns zudem für einen sofortigen Stopp des Rückbaus der zum
14 31.12.2021 abgeschalteten Kernkraftwerke Grohnde, Brokdorf und Grundremmingen
15 C und für deren schnelle Wiederinbetriebnahme aus.

16

17

18 3. Gleichzeitig wollen wir die Forschung für die Nutzung der Kern- und Fusionsenergie
19 weiter erhöhen. Dazu gehört, dass notwendige Haushaltsmittel des Bundes für die
20 Fusionsenergie-Forschung in Deutschland bereitstellen werden und auch in neue
21 Technologien der Kernspaltung – wie bei Small Modular Reactors (SMR) bzw. Flüs-
22 sigsalkernreaktoren – investiert wird.

23

24 **Begründung:**

25 Die hohe Abhängigkeit Deutschlands von russischem Gas zu Beginn des Ukraine Krieges
26 hat uns gezeigt, dass Deutschland seine Energieversorgung unabhängiger und souveräner
27 gestalten muss.

28

29 Der beschleunigte Ausbau regenerativer Energien, hier insbesondere die Sonnen- und
30 Windenergie, ist Ziel der gemeinsamen Bundesregierung, macht das Stromnetz in Deutsch-
31 land aber anfälliger für Ausfälle, da Deutschland gleichzeitig beschlossen hat, aus der Koh-

Bezirksparteitag der FDP Ostwestfalen-Lippe am 26.03.2022 in Gütersloh

Seite 15

ANTRAG NR.

Zeile

1 leverstromung und der Kernenergie auszusteigen. Dies alleine durch importiertes LNG-Gas
2 zu kompensieren, erzeugt neue Abhängigkeiten, ist teuer und schädigt die Umwelt.

3

4 Der Umstieg auf die Elektromobilität im Verkehr und der Hochlauf der Wärmepumpen bei der
5 Nutzung von Heizenergie in Wohnungen lässt den Stromverbrauch weiter steigen. McKinsey
6 hat in einer aktuellen Studie berechnet, dass durch den Ausstieg aus der Kernenergie und
7 aus allen fossilen Energien, die Leistung zu Spitzenlastzeiten von heute 99 GW auf 90 GW
8 im Jahr 2030 sinkt. Derweil werde die Spitzenlast bis 2030 auf bis zu 120 GW ansteigen, es
9 könne eine Stromlücke von 30 GW auftreten. Die bis zu sechs deutschen AKWs können
10 einen Beitrag leisten, diesen Strombedarf zu decken.

11

12 Funktionsfähige Anlagen zur Energieerzeugung bewusst abzubauen, ist eine Vernichtung
13 von Vermögenswerten und verstört zudem unsere Partnerländer im europäischen Stromver-
14 bund. Wenn überall Energieknappheit herrscht, kann man Solidarität nur dann erwarten,
15 wenn man selbst alles unternimmt, diese Knappheit abzustellen statt Erzeugungskapazitäten
16 aus politischen Opportunitätsgründen abzubauen. Deutschland riskiert sonst, eine Renatio-
17 nalisierung der europäischen Strommärkte auszulösen.

18

19 Umweltfreundliche und ökonomische Energieerzeugung aus sicheren und falls möglich eige-
20 nen Quellen bleibt eine große Herausforderung jeder Volkswirtschaft. Daher ist die Kernfusi-
21 onsforschung ein wichtiges Zukunftsfeld, in dem ein Hochtechnologieland nicht aussteigen
22 sollte. Statt überall auszusteigen, muss Deutschland gerade in langfristig angelegten For-
23 schungsfeldern seine Aktivitäten verstärken.

24

Bezirksparteitag der FDP Ostwestfalen-Lippe am 26.03.2022 in Gütersloh

Seite 16

ANTRAG NR.

Zeile

1 **A – 10 Eine starke Bundeswehr in einer starken Region Ostwestfalen-Lippe**

2

3 **Antragsteller: Christian Sauter MdB**

4

5 **Der Bezirksparteitag möge beschließen:**

6

7 Der Bundeswehr kommt in Ostwestfalen-Lippe mit Standorten wie Augustdorf, Höxter und
8 Minden eine große Bedeutung zu. Darüber hinaus verfügt die Region über gute Übungsmög-
9 lichkeiten wie z. B. den Truppenübungsplatz Senne und ist militärisch verkehrsgünstig er-
10 reichbar. Neben der hohen Anerkennung der Bundeswehr in der Region ist sie zudem ein
11 bedeutender Faktor für Wirtschaft, Handel und Handwerk. Im Rahmen der Amtshilfe hat die
12 Bundeswehr zivile Strukturen stark unterstützt.

13 Insgesamt gibt es eine große Unterstützung und Anerkennung für den Dienst der Soldaten
14 und dazu für die Arbeit ihrer zivilen Mitarbeiter.

15 Die durch den Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine am 24.02.2022 bedingte starke Ver-
16 änderung in der Sicherheitsarchitektur hat auch militärisch die Zeitenwende geprägt. Die
17 Refokussierung der Streitkräfte auf die Landes- und Bündnisverteidigung wird einen Auf-
18 wuchs an Personal, Material und Infrastruktur erfordern, auch in OWL.

19

20 Die FDP in Ostwestfalen-Lippe steht hinter der Bundeswehr und stellt fest:

- 21 1. Wir bekennen uns zu einer starken Bundeswehr in der Region mit ihren Standorten.
- 22 2. Sämtliche Übungsmöglichkeiten in der Region müssen erhalten bleiben. Planungen
23 für einen Nationalpark im Bereich des Truppenübungsplatzes Senne sind abzu-
24 lehnen.
- 25 3. Wir appellieren nachdrücklich, dass es durch die Heeresstrukturreform keine Nachtei-
26 le für die Standorte der Region geben darf.
- 27 4. Die Ertüchtigung der zivilen Infrastruktur, die militärisch genutzt wird oder wieder ge-
28 nutzt wird, wie Brücken, Straßen und Eisenbahnschluss muss beschleunigt werden.
- 29 5. Strukturen der zivil-militärischen Zusammenarbeit in der Region wollen wir stärken
30 und stützen.
- 31 6. Die Reservisten sind ein wesentlicher Mittler zwischen Gesellschaft und Bundeswehr
32 nach Aussetzung der Wehrpflicht.

Bezirksparteitag der FDP Ostwestfalen-Lippe am 26.03.2022 in Gütersloh

Seite 17

ANTRAG NR.

Zeile

- 1 7. Wir begrüßen eine verstärkte Verbindung unserer Kommunen mit der Bundeswehr
2 und unterstützen weitere Partnerschaften in der Region mit Einheiten der Bundeswehr.
3 Öffentliche Veranstaltungen gemeinsam mit der Bundeswehr, wie z. B. Gelöbnisse,
4 sind zu intensivieren.

5

Bezirksparteitag der FDP Ostwestfalen-Lippe am 26.03.2022 in Gütersloh

Seite 18

ANTRAG NR.

Zeile

1 **A – 11 Parlamentsbeschluss beachten – Straßenausbaubeiträge endlich abschaffen!**

2

3 **Antragsteller: Marc Lürbke MdL, Jens Teutrine MdB, Jan Maik Schliffter**

4

5 **Der Bezirksparteitag möge beschließen:**

6

7 CDU und Grüne müssen das Aussitzen endlich beenden: Die Straßenausbaubeiträge in
8 NRW sind umgehend abzuschaffen. Dabei dürfen keine Konnexitätsfolgen für die Kommu-
9 nen entstehen. Die fehlende Umsetzung durch die schwarz-grüne Landesregierung und die
10 Missachtung des eindeutigen Parlamentsbeschlusses zur vollständigen Abschaffung aus
11 dem März 2022 ist ein Affront gegenüber allen Anliegerinnen und Anliegern in NRW. Die
12 FDP-Landtagsfraktion wird gebeten, nicht nachzulassen und von der Landesregierung weiter
13 und verstärkt die Umsetzung der bereits beschlossenen Abschaffung der Straßenausbaubei-
14 träge einzufordern.

15

16 **Begründung:**

17 Wenn eine Kommune eine Straße erneuert, muss sie Teile der Kosten nach dem Kommu-
18 nalabgabengesetz auf die Anlieger umlegen. Die schwarz-gelbe Landesregierung hatte auf
19 Druck der FDP, besonders auch aus Ostwestfalen-Lippe, beschlossen, dass diese Beitrags-
20 kosten der Bürgerinnen und Bürger in NRW vollständig entfallen sollen und dass diese bis
21 zum in Kraft treten eines Konzepts zur vollständigen Abschaffung übergangsweise zu 100%
22 erstattet werden. Dies sollte für alle Ausbauprojekte gelten, die seit Januar 2018 beschlos-
23 sen wurden. Der Landtag NRW hatte dies im März 2022 mit den Stimmen von CDU und FDP
24 eindeutig entschieden. Auch die Grünen sprachen sich in der Debatte und im Wahlkampf für
25 eine Abschaffung aus und die CDU, die in NRW lange an den Beiträgen festhalten wollte,
26 versprach in Erklärungen und Pressemitteilungen eine gesetzliche Streichung der Beiträge
27 „so rasch wie möglich“.

28

29 Die Landesregierung wurde in dem Beschluss vom Parlament aufgefordert, bis zum 30. Juni
30 2022 ein Konzept zu erarbeiten, um die Beiträge in NRW gänzlich abzuschaffen. Seit der
31 Landtagswahl wird nun aber ausgesessen, die neue Landesregierung spielt sichtbar auf Zeit.
32 Dem Landtag gegenüber erläuterte Ministerin Scharrenbach im November 2022 sogar, dass
33 die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge für sie „aktuell keine Priorität“ habe. Dieses Be-

Bezirksparteitag der FDP Ostwestfalen-Lippe am 26.03.2022 in Gütersloh

Seite 19

ANTRAG NR.

Zeile

1 lassen im Schwebezustand und Aussitzen einer endgültigen Lösung ist nicht nur für Anliege-
2 rinnen und Anlieger und die Kommunen nicht hinnehmbar. Wenn nach der Wahl etwas auf
3 den Sankt Nimmerleinstag verschoben werden soll, was man ganz konkret vor der Wahl in
4 Aussicht gestellt und versprochen hat, ist das auch geeignet, Vertrauen in die Politik insge-
5 samt zu verspielen.

6

7 Viele Bürgerinnen und Bürger aus OWL haben sich mit großem Einsatz zu diesem Thema
8 engagiert. In einer Volksinitiative forderten im Jahr 2019 rund 437.000 Personen aus NRW
9 eine Reform. Die Missachtung der Beschlüsse des Landtags durch die CDU-
10 Kommunalministerin wird den berechtigten Sorgen der Anliegerinnen und Anliegern in keins-
11 ter Weise gerecht. Eine eindeutige Regelung ist überfällig. Es ist Zeit endlich zu handeln und
12 Klarheit für alle Anliegerinnen und Anlieger zu schaffen.

13

14 ***Weitere Begründung erfolgt mündlich.***

15

Bezirksparteitag der FDP Ostwestfalen-Lippe am 26.03.2022 in Gütersloh

Seite 20

ANTRAG NR.

Zeile

1 **A – 12 Freiheitskampf unterstützen – Mullah-Regime isolieren**

2

3 **Antragsteller: Kreisverband Bielefeld**

4

5 **Der Bezirksparteitag möge beschließen:**

6

7 1. Die FDP Ostwestfalen-Lippe unterstützt den Kampf der Iranerinnen und Iraner für
8 Freiheit, Selbstbestimmung und gegen die theokratische Mullah-Diktatur. Die Miss-
9 achtung der Menschenrechte und in besonderem Maße die Unterdrückung der Frau-
10 en erfordert von einer wertegeleiteten Außenpolitik entschiedenes Handeln. Dazu
11 fordern wir die Bundesregierung und insbesondere die Außenministerin ausdrücklich
12 auf.

13

14 2. Die Bundesregierung wird aufgefordert, Gespräche zur Neuverhandlung des Atom-
15 abkommens mit dem Iran sofort zu beenden.

16

17 3. Die FDP Ostwestfalen-Lippe befürwortet, die iranischen Revolutionsgarden EU-weit
18 als Terrororganisation einzustufen. Deutschland muss sein Gewicht innerhalb der
19 Union dafür einsetzen, dass die Kommission sich nicht weiter hinter rechtlichen Be-
20 denken versteckt. Die Bundesregierung wird aufgefordert, eine intensivere Beobach-
21 tung und Bekämpfung iranischer Geheimdienstaktivitäten in Deutschland und Europa
22 durch BND und Verfassungsschutz sicherzustellen. Die iranische Oppositionskräfte
23 sind stärker zu unterstützen. Der Iran ist durch seine aggressive Politik der Konflikt-
24 treiber im Nahen und Mittleren Osten. Ziel westlicher Politik muss deshalb ein Re-
25 gime Change in Teheran sein.

26

27 **Begründung:**

28 Das Atomabkommen mit dem Iran sollte diesen von einer atomaren Bewaffnung abhalten.
29 Einem Regime, dass mit barbarischen Mitteln gegen die eigenen Bevölkerung vorgeht, ist
30 aber grundsätzlich nicht zu trauen, wie auch der kürzliche Fund angereicherten Urans durch
31 die Internationale Atomenergiebehörde belegt. Vielmehr dürfte der Iran jedes wirtschaftliche
32 Entgegenkommen nutzen, um den eigenen Unterdrückungsapparat zu stärken und über Mi-

Bezirksparteitag der FDP Ostwestfalen-Lippe am 26.03.2022 in Gütersloh

Seite 21

ANTRAG NR.

Zeile

- 1 lizen, Untergrund- und Terrororganisationen seinen Einfluss im Nahen Osten auszuweiten.
- 2 Die umfangreichen Waffenlieferungen an Russland zeigen zudem, dass der Iran stärker von
- 3 den globalen Handelsbeziehungen getrennt werden sollte.